

Der damalige Abgeordnete Winfried Kretschmann ist heute Ministerpräsident von Baden-Württemberg.

Seine Ausführungen über Demokratie und Meinungsfreiheit sollten sich unsere Grünen Gesinnungsterroristen, die Öllinger und Mayer und Sailer und Walser und wie sie alle heißen hinter die Ohren schreiben!

Es gibt auch solche Grüne

Bemerkungen zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus von Ministerpräsident Winfried Kretschmann, MdL (Bündnis 90 Die Grünen) Im Landtag von Baden-Württemberg

Auf Anfrage der „Straßburger Burschenschaft Arminia“ in Tübingen habe ich zugesagt, einen Vortrag zum Thema „Kehrt die Gesellschaft der Politik den Rücken? Parteien-, Politik- oder Staatsverdrossenheit?“ zu halten. Diese Zusage hat verschiedentlich Bedenken und Kritik ausgelöst. Die Kritiker halten diese Burschenschaft für rechtsradikal und sind der Meinung, ich dürfe dort nicht reden. Ich möchte diese Kritik zum Anlaß nehmen, aus meiner Sicht einige grundsätzliche thesenartigen Bemerkungen zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus zu machen:

Rechtsradikale und rechtspopulistische Parteien haben in vielen europäischen Staaten Konjunktur. Sie sind eine Gefahr für die Demokratie. Ebenso wie gegenüber dem islamistischen Fundamentalismus muß die Demokratie gegenüber solchen Strömungen wachsam und wehrhaft sein.

Selbst im Kampf gegenüber dem internationalen Terrorismus sind wir darauf bedacht, daß dieser Kampf nur mit solchen Mitteln geführt wird, die die Prinzipien der Demokratie nicht selbst verletzen oder aushebeln.

Umso mehr gilt es, beim Kampf gegen rechtsradikale Gesinnungen und Meinungen nicht die eigenen demokratischen Prinzipien, die man gegen Rechtsradikale verteidigen will, in der Auseinandersetzung selbst zu mißachten oder zu diskreditieren.

Meinungsfreiheit ist für die Demokratie konstitutiv. Man kann auch weitergehen und sagen, sie geht der Demokratie immer schon voraus. Wo Meinungsfreiheit herrscht, ist sie schon da, selbst wenn sie noch keine verfaßte Form hat. Umgekehrt gibt es keine Art von Diktatur, die Meinungsfreiheit zuläßt. Das muß Gründe haben.

Der tiefste Grund liegt darin, daß der Mensch ein vernunftfähiges und sprachbegabtes Wesen ist, was auch immer die Menschen sonst trennen mag. Beide Fähigkeiten machen aus ihm ein „zoon politikon“ (Aristoteles).

Deshalb ist Freies Reden im Öffentlichen Raum so etwas wie der absolute Minimalkonsens in einer demokratischen Gesellschaft. Wo wir ihn aufgeben, können nur Zwang und schließlich Gewalt stehen.

„Politik hat es mit der Verschiedenheit von Menschen zu tun“ (Hannah Arendt). Der demokratische Verfassungsstaat bietet einer Vielfalt von Anschauungen, Meinungen und Interessen Raum. Wer politischen Gegnern leichtfertig ausgrenzende Etiketten aufklebt, unterhöhlt diesen Minimalkonsens einer pluralistischen Gesellschaft.

Solange wir im öffentlichen Raum frei – frei von Gewalt und der Drohung mit Gewalt – argumentieren können, und solange engagierte Demokraten dies auch aktiv tun, droht der Demokratie keine wirklich dauerhafte Gefahr durch totalitäre Gesinnungen. Deswegen bestraft der liberale Verfassungsstaat keine illegitimen Gesinnungen, sondern nur illegale Handlungen.

Legitimerweise können wir das politische Gespräch nur denjenigen verweigern, die es abschaffen wollen („Keine Freiheit den Feinden der Freiheit“, D. Sternberger). Aber selbst denen werden wir es aus Gründen der politischen Klugheit auch nur in Ausnahmesituationen verweigern können. Letztlich muß man immer reden, selbst mit seinen Feinden.

Rechtsextreme Gegenwelten gedeihen nicht im öffentlichen Diskurs, sondern in der Abschottung von Parallelgesellschaften. Es sind in der Regel politische und soziale Mythen und gerade nicht logisch nachvollziehbare Argumente, die den rechtsextremen Diskurs kennzeichnen. Dazu kommt der Hang zu Verschwörungstheorien.

Diese Abschottung noch mit einer Isolierungsstrategie zu verstärken, macht politisch nicht nur keinen Sinn, sie ist falsch und kontraproduktiv. Diese Abschottung zu durchbrechen und Menschen, die zu

rechtsradikalem Gedankengut neigen, in demokratische Diskurse zu integrieren ist überhaupt das wirksamste Mittel im Kampf gegen den Rechtsradikalismus.

Reaktionäre oder populistische Scheinlösungen, die auf einfachen und eindimensionalen Weltbildern beruhen, rechtsradikales Gedankengut mit Ethnozentrismus und Fremdenfeindlichkeit haben dort Erfolgschancen, wo die Institutionen der demokratischen Gesellschaft ihre Überzeugungskraft eingebüßt haben, wie z.B. Parlamente und Parteien. Deswegen müssen wir uns jederzeit als gute Demokraten erweisen. Demokraten müssen zuallererst an sich selbst hohe Maßstäbe anlegen. Die eigene politische Glaubwürdigkeit in Wort und Tat, die Kompetenz und Fähigkeit politische Probleme zu lösen, Verlässlichkeit und Realismus ist die eigentlich wirksame Agenda gegen Populismus und Extremismus.

Mit dem Vorwurf des Rechtsradikalismus muß man sorgsam umgehen. Rechtsradikal ist eine Gruppe erst dann, wenn ihre Haltungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet sind. Was ich bisher an Dossiers und Informationen über die Burschenschaft Arminia besitze, ist dies sicher nicht der Fall. Rechtskonservative und Rechtsradikale in einen Topf zu werfen ist ein schlimmer Fehler. Er läuft nicht nur auf eine Bagatellisierung jener Gruppen hinaus, die Menschenrechte, Pluralismus und den Rechtsstaat negieren, also die Verfassungsordnung selbst in Frage stellen oder die gar, wie rechtsextreme Gruppen mit Gewalt drohen und gewalttätig werden. Isolation kann sie sogar dazu verleiten, mit Rechtsradikalen und Rechtsextremisten zu kooperieren. Dann kann der Rechtsextremismus in der Gesellschaft immer stärker Fuß fassen.

Deshalb muß man sich mit rechtsradikalem, überhaupt mit jeglichem totalitären Gedankengut offensiv auseinandersetzen. Dazu müssen wir letztlich reden (oder schreiben).

Werden aus diesen Gedanken aktive Handlungen, muß dazu auch das entschiedene Handeln der staatlichen Organe kommen.

Irgendeine gesellschaftliche Gruppe aus dem politischen Diskurs auszuschließen, dazu müßten außerordentlich gewichtige Gründe vorliegen. Sie sind von den Kritikern überhaupt nicht vorgetragen worden. Das einzige Argument, das überhaupt vorgetragen wurde ist, daß die Burschenschaft Arminia sich durch das Einladen von demokratischen Referenten einen gesellschaftlich akzeptablen Anstrich zu geben versucht. Dieses Argument muß man mal zu Ende denken. Laden sie demokratische Referenten ein, ist es Tarnung und Täuschung. Laden sie nicht-demokratische Referenten ein, werden sie des Rechtsradikalismus bezichtigt. Wen sollten sie dann einladen? Mit solch fragwürdigen Argumentationsmustern delegitimiert man nur die eigene Position.

Es fällt überhaupt auf, daß der Vorwurf des Rechtsradikalismus gegen die Burschenschaft Arminia nicht durch irgendwelche Handlungen dieser Gruppe in Tübingen begründet wird, sondern durch fragwürdige Formulierungen in Schriften ihres Dachverbandes. All das wirkt reichlich konstruiert und aufgeblasen.

Nun mögen diese ganzen Vorhaltungen gegenüber dieser Burschenschaft – vorausgesetzt sie stimmen – geeignet sein, Studierende in Tübingen davon abzuhalten, in diese Verbindung einzutreten. Aber für die Forderung, diese Burschenschaft aus der Gesprächsgemeinschaft der Demokratie auszuschließen, geben sie nichts her. Die Pflege atavistisch anmutender, männerbündlerischen Riten (die ich eher skurril als schlimm empfinde), ist noch lange kein Grund, das Reden mit ihnen einzustellen.

Den Rechtsradikalismus kann man nicht mit stereotypen Reflexen und Klischees bekämpfen oder durch die Errichtung rhetorischer Barrikaden (Ich dachte mir bei dem Slogan auf Demos „Nazis raus aus XY“ schon immer: Und wohin mit ihnen?).

Der Umgang mit dem Rechtsradikalismus verlangt Sorgfalt in der Analyse der konkreten Situation und Angemessenheit in der Reaktion. Vor allem aber Überzeugungskraft für die Grundwerte der Demokratie. Demokraten agieren nicht mit Schaum vor dem Mund (das können wir den Fanatikern überlassen), sondern mit Festigkeit und Gelassenheit zugleich.

Wolf Lepenies hat es bei dem ihm kürzlich verliehenen Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 2006 sehr schön so gesagt:

„Unsere kulturellen Selbstverständlichkeiten müssen neu behauptet werden. An Grundüberzeugungen wie den Menschenrechten und der Meinungsfreiheit brauchen wir dabei nicht zu zweifeln. Und gegen den Fanatismus hilft Festigkeit. Woran es uns mangelt, ist die Wärme, mit der wir uns zu unseren Werten bekennen. Ansteckend kann die Demokratie nur wirken, wenn sie nicht routiniert betrieben oder anderen mit Gewalt aufgezwungen, sondern wenn sie von uns mit Enthusiasmus gelebt wird.“